

Schuldenkrise: So hoch ist der neue Konsolidierungsbedarf!

Diskussion zur Schuldenlage in Österreich am 4. April 2025 in ORF III. Budgetexperten analysieren wirtschaftliche Herausforderungen.

Wien, Österreich - Heute ist der 3. April 2025, und der Konsolidierungsbedarf des österreichischen Staatshaushalts hat sich auf alarmierende 12 Milliarden Euro fast verdoppelt. Dies berichtete **OTS**. Angesichts eines gesamtstaatlichen Minus von 22,5 Milliarden Euro im Jahr 2024 stehen die politischen Entscheidungsträger vor einer enormen Herausforderung. Die Wirtschaftsleistung zeigt weiterhin einen Abwärtstrend, und es entsteht der Eindruck, dass das Budget außer Kontrolle gerät.

Die öffentliche Diskussion über die bevorstehenden Maßnahmen zur Budgetsanierung und notwendige Antworten auf diese Krisensituation steht an. Dabei gibt es erhebliche politische Schwierigkeiten, der Bevölkerung klare und verständliche Informationen zu liefern. Eine Diskussionsrunde zum Thema „Zur SACHE“ findet am Freitag, dem 4. April 2025, um 20.15 Uhr in ORF III und auf ORF ON statt.

Teilnehmer der Diskussionsrunde

In der Runde werden namhafte Experten und Politiker vertreten sein:

- Margit Schratzenstaller (Budgetexpertin WIFO)
- Andreas Hanger (Budgetsprecher ÖVP)
- Kai Jan Krainer (Budgetsprecher SPÖ)

- Barbara Kolm (Wirtschaftssprecherin FPÖ)

Die Diskussion wird sich mit den drängenden Fragen der Haushaltskonsolidierung befassen und Strategien zur Stabilisierung der finanziellen Situation erörtern. Weitere Details zum Programm von ORF III Kultur und Information sind auf tv.ORF.at/orf3 verfügbar.

Aktuelle Budgetentwicklung

Ein Blick auf die Budgetentwicklung zeigt, dass der Nettofinanzierungsbedarf des Bundes von Januar bis September 2024 bei 15,4 Milliarden Euro lag. Die Auszahlungen stiegen bis Ende September 2024 auf 10,1 Milliarden Euro, was 13,1 % über dem Vorjahresniveau liegt. Dies wurde von parlament.gv.at berichtet. Die Gründe für die steigenden Auszahlungen sind unter anderem höhere Pensionsausgaben, ein neuer Finanzausgleich und steigender Personalaufwand.

Die Einnahmen haben jedoch ein schwaches Wachstum gezeigt, insbesondere bei der Umsatzsteuer. Vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden Wirtschaftslage und der Verlängerung von Krisenmaßnahmen, wie der Strompreisbremse, gestaltet sich die Haushaltslage angespannt. Dies wird durch eine Wachstumsprognose, die die öffentliche Schuldenquote bis auf 79,3 % des BIP ansteigen lassen könnte, weiter kompliziert.

Langfristige Perspektiven und Konsolidierungsstrategien

Der Österreichischen Wirtschaftsforschung (WIFO) zufolge sind die hohen Budgetdefizite eine Folge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die erhebliche soziale Kosten verursacht und das Wachstum über Jahre hinweg dämpft. Eine Studie vom WIFO schätzt, dass der kumulierte Konsolidierungsbedarf bis 2033 etwa 10 Milliarden Euro betragen wird. Hochschulfortschritte in der Konsolidierung müssen ohne Beschneidung wichtiger

wirtschaftspolitischer Ziele erreicht werden.
Effizienzsteigerungen und Einsparungen könnten dazu beitragen, die Staatsfinanzen zu stabilisieren.

Zusätzlich könnten Maßnahmen zur kurzfristigen Einsparung in der Verwaltung, der Abbau von Subventionen sowie eine Überprüfung und Beseitigung von Sonderregelungen in Betracht gezogen werden. Die Implementierung zusätzlicher Steuern wird als notwendiges Mittel gesehen, falls Effizienzsteigerungen nicht ausreichen oder politisch gewünscht sind. Diese Strategie zielt darauf ab, den privaten Konsum nicht übermäßig zu belasten und gleichzeitig verteilungspolitische Aspekte zu berücksichtigen.

Die derzeitige Diskussion und die bevorstehenden Entscheidungen stellen einen entscheidenden Schritt für die Zukunft der österreichischen Haushaltspolitik dar, und die Öffentlichkeit wird gespannt auf die Ergebnisse der Diskussionsrunde am 4. April 2025 blicken.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.parlament.gv.at• www.wifo.ac.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at